



NEIN

zur «Familieninitiative» der CVP

ABSTIMMUNGEN VOM 8. MÄRZ 2015

**KEINE FINANZ-
POLITISCHEN
EXPERIMENTE!**

Nein zur «Energiesteuer-Initiative»



Liebe Stimmbürgerinnen und Stimmbürger

Die beiden Initiativen, über die wir am 8. März abstimmen, scheinen auf den ersten Blick sinnvolle Lösungen für berechtigte Anliegen zu liefern. Beim genaueren Hinschauen zeigt sich aber: Die Lösungen gehen zulasten der Einkommensschwachen und sind darum alles andere als sinnvoll. Die CVP-Initiative mit dem Titel «Familien stärken! Steuerfreie Kinder- und Ausbildungszulagen» stärkt vor allem reiche Familien. Rund die Hälfte der Familien zahlt nämlich heute auf Bundesebene keine Steuern und hätte von den

Abzügen gar nichts. Für die Kantone hätte die Initiative gleichzeitig Mindereinnahmen von rund 760 Millionen Franken zur Folge und würde Sparmassnahmen bei Bildung, Gesundheitsversorgung oder den Prämienverbilligungen nach sich ziehen. Das trifft noch einmal diejenigen, die wir eigentlich entlasten müssten: Familien mit geringen und mittleren Einkommen. Sie werden mit der Initiative gleich doppelt bestraft. Auch die GLP-Initiative «Energie- statt Mehrwertsteuer» hätte eine doppelte Umverteilung von unten nach oben zur Folge. Weil die Kosten für Energie bei Personen oder Familien mit kleinem

Einkommen einen grösseren Anteil am Budget ausmachen, würden diese Haushalte überproportional belastet. Und auch die Energiesteuer hätte Mindereinnahmen bei den Steuern zur Folge, die mit Sparprogrammen kompensiert werden müssten: Würde sie nämlich tatsächlich wirken, nähme der Verbrauch von fossiler Energie ab – und damit auch die Einnahmen aus der Energiesteuer. Auch die SP setzt sich ein für die Stärkung der Familien und den energiepolitischen Umbau – aber nicht zulasten der Einkommensschwachen!

Christian Levrat



Eine reiche Familie kann mit der verlangten Entlastung für eine Woche auf die Malediven fliegen. Die Durchschnittsfamilie dagegen kann sich knapp einen Nachmittag im Zoo leisten.

INITIATIVE «FAMILIEN STÄRKEN! STEUERFREIE KINDER- UND AUSBILDUNGSZULAGEN»

NEIN

STEUERAUSFÄLLE UND SPARPAKETE

Die Familien-Initiative ist ein unsoziales und teures Steuergeschenk zugunsten der oberen Einkommen, finanziert von der Allgemeinheit. Familien mit tiefen Einkommen, die eine Entlastung wirklich nötig hätten, gehen leer aus.

Die Steuerbefreiung von Familienzulagen, wie sie die Familien-Initiative der CVP vorsieht, mag auf den ersten Blick attraktiv und familienfreundlich erscheinen. In Wirklichkeit ist sie aber ein Etikettenschwindel.

steuerlich entlastet. Denjenigen 50 Prozent der Familienhaushalte, die bereits heute keine direkte Bundessteuer bezahlen, würde das Steuergeschenk hier überhaupt nichts bringen. Dabei wären das genau die Familien, die eine Entlastung

Nicht auf Kosten der Familien

Gemäss Botschaft des Bundesrates hätte die Initiative bei Bund und Kantonen happige Mindereinnahmen von rund einer Milliarde Franken zur Folge. Angesichts der tendenziell leeren Kantonskas-

Betreuungsangeboten. Dieser Abbau des Service public trifft jedoch ausgerechnet die Familien am stärksten, die von der Initiative sowieso schon am wenigsten oder gar nicht profitieren würden – nämlich die 50 Prozent, welche schon heute keine direkte Bundessteuer bezahlen. Die Initiative würde damit also sogar eine doppelte Umverteilung von unten nach oben bringen.

Kein neues Steuerschlupfloch

Die Urheber der «Familien-Initiative» blenden bewusst aus, dass Kinderzulagen einen Lohnbestandteil darstellen, der vom Arbeitgeber ausbezahlt wird. Als solcher dürfen sie keine steuerliche Sonderbehandlung erfahren. So wie der Initiativtext formuliert ist, könnten nämlich findige Arbeitgeber die Kinderzulagen ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zulasten des eigentlichen Lohns massiv erhöhen und ihnen somit einen möglichst hohen steuerfreien Lohnanteil gewähren.



«Wollen wir Familien echt stärken, braucht es eine zielgerichtete Unterstützung von Familien mit geringem Einkommen, eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie oder Kindergutschriften statt Steuerabzüge. Davon würden alle statt nur wenige profitieren.»

NADINE MASSHARDT, NATIONALRÄTIN IN BE

Keine Steuergeschenke für Reiche

Von der Initiative profitieren würden in erster Linie reiche Familien. Insbesondere auf Bundesebene würden wegen der Progression nur der obere Mittelstand und Personen mit hohem Einkommen

am dringendsten nötig hätten. Auf kantonaler Ebene könnten sich reiche Familien dank der Initiative locker eine Woche Ferien gönnen, während sich eine Mittelfamilie mit einem Zoobesuch zufrieden geben müsste.

sen müsste dieser Betrag zwecks Gegenfinanzierung mit Sparmassnahmen andernorts kompensiert werden: Erfahrungsgemäss geschieht dies meistens bei der Bildung, bei den Prämienverbilligungen oder den familienergänzenden

DARUM GEHT ES

Die Initiative «Familien stärken! Steuerfreie Kinder- und Ausbildungszulagen» wurde im November 2012 von der CVP eingereicht. Sie fordert, dass Kinder- und Ausbildungszulagen künftig nicht mehr als steuerbares Einkommen behandelt werden. Konkret verlangt sie folgende Ergänzung von Artikel 116 der Bundesverfassung: «Kinder- und Ausbildungszulagen sind steuerfrei». Der Nationalrat empfiehlt die Initiative mit 131 zu 39 Stimmen deutlich zur Ablehnung und verzichtete auf einen Gegenvorschlag, der Ständerat lehnte die Initiative mit 32 zu 13 Stimmen ab.

NEIN ZU DIESER UMVERTEILUNGS-MOGELPACKUNG

Mit der Initiative «Familien stärken! Steuerfreie Kinder- und Ausbildungszulagen» werden primär die reichen Familien entlastet. Ärmere Familien, die finanziell wirklich am Limit sind, haben wenig bis gar nichts davon – egal, in welcher Familienkonstellation sie leben. Viele alleinerziehende Frauen leben mit wenig Geld mit ihren Kindern – gerade diese Familien möchten wir gezielt unterstützen und nicht Gefahr laufen, dass sie über neue oder höhere Gebühren, geringere Vergünstigungen etwa bei der Musikschule, teurere Kitas oder weniger Krankenkassenprämienverbilligung über die Hintertüre wieder belastet werden. Genau dies wäre jedoch die Folge einer Annahme der Initiative. Deshalb sagt die SP Frauen klar Nein zu dieser Umverteilungs-Mogelpackung.

Yvonne Feri, Präsidentin SP Frauen

GEFÄHRLICHES EXPERIMENT

NEIN

Auf den ersten Blick sieht die Energie-Initiative aus wie eine zukunftsweisende Strategie. Beim näheren Hinsehen jedoch zeigt sich: Die Initiative ist finanzpolitisch brandgefährlich. Und sie benachteiligt Einkommensschwache gleich doppelt.

Mit der Abschaffung der Mehrwertsteuer zugunsten einer Energiesteuer, wie dies die Initiative verlangt, soll eine der wichtigsten und sichersten Einnahmequellen des Bundes ohne Not gestrichen werden. Dies ist deshalb gefährlich, weil die Initiative der GLP einen grundlegenden Konstruktionsfehler aufweist: Sobald sie nämlich ihr Ziel erreicht und der Energieverbrauch sinkt, fehlt dem Staat automatisch Geld. Sparprogramme wären die Folge. Weil die neue Steuer ausserdem tiefere Einkommen überproportional belasten würde, wäre der energiepolitische Umbau gleich in zweierlei Hinsicht ein Umbau auf dem Rücken der Einkommensschwachen.

Keine finanzpolitischen Experimente

Was auf den ersten Blick aussieht wie eine zukunftsweisende Strategie, ist fi-

progressiv ausgestaltet ist, schneidet die Mehrwertsteuer vergleichsweise günstig ab, wenn Ziele wie Effizienz, Einfachheit, Transparenz und Verteilung gegeneinander abgewogen werden. Sie stellt eine sinnvolle Ergänzung zur Einkommenssteuer dar.

Keine Sparprogramme zulasten aller

Die Initiative hat einen fatalen Konstruktionsfehler: Würde die Mehrwert- durch eine Energiesteuer ersetzt, wäre rund ein Drittel aller Steuereinnahmen an den Konsum von umweltschädlichen Energieträgern geknüpft. Die Energiesteuer macht die Staatsfinanzen damit paradoxerweise von dem abhängig, was sie eigentlich überwinden will. Würde die Steuer tatsächlich wirken und der fossile Verbrauch abnehmen, hätte das eine schleichende Schrumpfung des gesam-

ten Steueraufkommens zur Folge. Da die verlangte Energiesteuer mit der Reduktion des Energiekonsums ein Leistungsziel verfolgt, müsste der Steuersatz entweder permanent erhöht oder so tief angesetzt werden, dass er seine Lenkungswirkung gar nicht erst entfaltet. Beides ergibt wenig Sinn. Viel wahrscheinlicher ist, dass die sinkenden Einnahmen mit unsozialen Sparprogrammen auf Kosten der Allgemeinheit kompensiert würden.

Kein unsozialer Umbau

Der Ersatz der Mehrwertsteuer durch die regressive Energiesteuer – die Ausgaben für Energie machen bei tieferen Einkommen einen grösseren Anteil aus – würde Haushalte mit niedrigem Einkommen überproportional belasten. Der energiepolitische Umbau ginge ausgerechnet auf ihre Kosten.

DREI BEHAUPTUNGEN UND DREI ENTGEGNUNGEN

Die Initiative belohnt jene, die sich ökologisch vorbildlich verhalten.

Haushalte mit einem tiefen Einkommen würden übermässig belastet: Die Verteuerung von Gütern des täglichen Bedarfs fällt in ihrem Budget stärker ins Gewicht als bei Haushalten mit hohem Einkommen. Zudem: Nicht alle können es sich leisten, Geld für die neuesten Geräte, energieeffiziente Sanierungen oder ein sparsames Auto auszugeben.

Die Initiative reduziert den Ausstoss von CO₂ in der Schweiz.

Solche Anreize können auch durch Lenkungsabgaben (wie die bestehende CO₂-Abgabe) gesetzt werden. Die Einnahmen sollten aber vollständig und direkt an Haushalte und Unternehmen rückverteilt werden. Bei einer ökologischen Steuerreform, wie sie die Initiative vorschlägt, wird hingegen die Staatsfinanzierung unnötigerweise auf eine schwindende und unsichere Basis gestellt. Das ist gefährlich.

Die Mehrwertsteuer ist eine ineffiziente und unfaire Steuer.

Auch wer der Mehrwertsteuer kritisch gegenübersteht, muss anerkennen, dass sie einen wesentlichen Teil der Steuereinnahmen erbringt. In Zukunft wird sie tendenziell noch an Bedeutung gewinnen, auch zur Finanzierung der Altersvorsorge. Ausserdem ist die Mehrwertsteuer in mancher Hinsicht «fair», beispielsweise sind die Umgehungsmöglichkeiten sehr gering, weil die Mehrwertsteuer praktisch jedes in der Schweiz konsumierte Gut erfasst und jede Konsumentin und jeder Konsument sie bezahlen muss.



«Die Energiesteuer ist kurzsichtig und unsozial. Die Energiewende braucht keine neue Steuer.»

ERIC NUSSBAUMER, NATIONALRAT BL

nanzpolitisch brandgefährlich. Mit einem Ja zur Initiative würde die Schweiz ein unkalkulierbares Risiko eingehen: Heute ist die Mehrwertsteuer mit über 22 Milliarden pro Jahr die mit Abstand wichtigste Einnahmequelle des Bundes. Insbesondere für die Finanzierung unserer Sozialwerke AHV und IV ist sie von zentraler Bedeutung. Obwohl sie im Gegensatz zur direkten Bundessteuer nicht

DARUM GEHT ES

Die Volksinitiative «Energie- statt Mehrwertsteuer» wurde im Dezember 2012 von den Grünliberalen eingereicht. Sie verlangt die Einführung einer Steuer auf nicht erneuerbare Energieträger wie Erdöl, Erdgas, Kohle oder Uran. Die steuerliche Mehrbelastung des Energieverbrauchs soll im Gegenzug durch die Abschaffung der Mehrwertsteuer kompensiert werden. Das Parlament, der Bundesrat sowie eine breite Parteienallianz von links bis rechts lehnen die Initiative ab.



Die Besteuerung von fossilen Energieträgern ist sinnvoll, die Energiesteuer der GLP jedoch der komplett falsche Weg. (Bild: Kohlekraftwerk)

FAIRE LÖHNE BEZAHLBARER WOHNRAUM SICHERE RENTEN

FÜR ALLE
STATT
FÜR WENIGE



ICH INTERESSIERE MICH FÜR DIE SP



www.spschweiz.ch/mitmachen



facebook.com/spschweiz



[@spschweiz](https://twitter.com/spschweiz)